

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannstadt 33.  
Anzeigen der Redaction:  
Sonntags 10-12 Uhr.  
Wochentags 4-6 Uhr.  
Für die Abgabe einzelner Nummern  
muss sich die Redaction nicht  
verantworten.  
Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.  
In den Filialen für Prof. Anzeigen:  
C. H. Klemm, Universitätsstr. 22,  
Sonntags 10-12 Uhr, Wochentags  
4-6 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Verkehrslehre.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,  
incl. Postgebühren 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede Ausgabe Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postgebühr 25 Pf.  
mit Postgebühr 45 Pf.

Einzelne 5 Pf. Petitzeile 20 Pf.  
Größere Schriften laut anderer  
Preisberechnung. — Tabellarischer  
Satz nach höherem Tarif.

Kleinere unter dem Rubrications-  
tarif die Spalte 40 Pf.  
Zusätze sind nach 1. Ausgabe  
zu haben. — Substanz wird nicht  
gegeben. Zahlung promptemache  
oder durch Postnachnahme.

№ 238.

Dienstag den 26. August 1879.

73. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Wegen der Feier des Gedichtes wird der auf Dienstag den 2. September d. J. Jahres folgende Heftige Wochenmarkt auf  
Montag den 1. September dieses Jahres  
womit verlegt.  
Leipzig, am 26. August 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Richter.

### Bekanntmachung.

Die Stenotypen-, Holzer-, Schloffer- und Malerarbeiten an dem Neubau der Schule an der Sebastianus-Gasse sollen vergeben werden.  
Anschlagformulare und Bedingungen sind in dem Bureau auf dem Hauptplatze zu erhalten. Die Gebote sind verschlüsselt und mit der Aufschrift „Sebastianus-Schule“ versehen bis  
Sonntags, den 1. September, Abends 5 Uhr  
auf dem Bauamt einzureichen.  
Leipzig, den 26. August 1879.

Die Landesdeputation des Harzes.

### Die nationalliberale Partei und das Centrum.

Unter dieser Rubrik schreibt die „Nationalliberale Correspondenz“ vom Sonntag: Die gegenwärtige Wahlbewegung in Preußen hat schon manche absonderliche Blitze journalistischer Phantasie zu Tage gefördert; der Preis aber gehört unstreitig der jetzt in der gesammten germanischen Presse colportirten Behauptung, die nationalliberale Partei werde um die Freundschaft des Centrums. Ein nationalliberales Blatt hat daran erinnert, wie ehemals zahlreiche politische freisinnige Männer, welche heute im Lager der Centrumpartei stehen, Schalter an Schalter mit den Liberalen kämpften; es hat angedeutet, wie hier ein principieller Gegensatz auf die Dauer um so weniger als eine Notwendigkeit anerkannt werden könne, als ja die Liberalen ihrerseits bereit seien, zur Beseitigung der in der politischen Schenkung etwa hervorgetretenen Härten mitzuwirken.

welche er, Windthorst, in einem früheren Stadium der Session den Nationalliberalen beim. Vorher gemacht habe. Herr Windthorst schwieg. Die nationalliberale Partei hat diese und ähnliche Gelegenheiten, sich die Bundesgenossenschaft des Centrums zu erwerben, zurückgewiesen, weil sie sich von politischen Erfolgen kein Heil versprechen kann, die mit der, gleichviel um welchen Preis erlangten Hilfe des grandfälligen Gegners erlangt sind. Andere mögen anders denken; wir unsererseits verschmähen eine Politik der gegenseitigen Ueberlistung, wir wollen offene und ehrliche Freundschaft, so gut wie offene und ehrliche Feindschaft. Unsere Gegner mögen also auf das Berggipfel verzichten, die nationalliberale Partei jemals mit dem Centrum „coquetieren“ zu sehen. Dagegen sind wir allerdings der Meinung, daß, wenn wirklich der Friede zwischen Staat und Kirche zu Stande kommt, diejenigen Elemente des Centrums, welche in früheren Zeiten der gemäßigten liberalen Partei angehörten, auch wieder dorthin zurückkehren werden. Es ist unmöglich, daß, wenn einmal die heute in den katholischen Kreisen noch Alles beherrschende Frage entschieden sein wird, jene gut preussisch und gut liberal gesinnten Männer in denselben Fraktionsverbänden verbleiben mit Elementen, welche die geschworenen Feinde alles dessen sind, was preussisch und liberal heißt. Wir werden jene auf dem alten Boden herzlich willkommen heißen; Herrn Windthorst und seine näheren Bekanntheitskreise verlassen wir mit Vergnügen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und ihren Freunden.

um so mehr, als dieses dann erwarten kann, daß auch ihm die Beseitigung künftiger staatlicher Bevormundung bezüglich der Verhältnisse der katholischen Kirche zugehandelt würde. Die Forderung der confessionellen Volksschule ist überdies dem evangelisch-orthodoxen und ultramontanen Programm gemein. Nur eine compacte liberale Majorität im preussischen Abgeordnetenhaus wäre im Stande, die Berechnungen der Herren Windthorst und von Kleist-Regow auch jetzt noch zu durchkreuzen, und dieser Umstand sollte allein schon für die liberale Partei eine Warnung sein, geschlossen und einzig im Wahlkampf vorzugehen. Beseitigung für die Hoffnungen, welche die Confessionellen aller Richtungen an die „Kera-Pattamer“ knüpfen zu können glauben, ist auch ein Antrag einer weislichen Kreisynode an die Generalynode, dahin gehen, letztere möge bei der Staatsregierung, bezw. bei dem Justizminister dahin wirken, daß dem evangelischen Christen erlaubt werde, bei Ablegung eines Eides sich der „christlichen“ Form bedienen zu dürfen. Wenn diese Declaration erfolgt ist, soll eine Warnung an die evangelischen Christen gerichtet werden, nicht anders einen Eid zu leisten. Die Centrumsfraktion ist noch hoffnungsvoller, sie beabsichtigt schon im nächsten preussischen Abgeordnetenhaus bei der Beratung über den Etat des Kultusministeriums einen bestimmt formulirten Antrag auf Streichung des Schalls für den alt-katholischen Bischof zu stellen und dabei namentlich geltend zu machen, daß die altkatholische Bewegung trotz der Unterstützung seitens der Staatsregierung im Schwünge begriffen sei.

... die hannoverschen Nationalliberalen wahren ihre Schranken. Sie sind sich nach wie vor bewußt, bei allen Parlamentswahlen wesentlich ihrerseits die nationale Schöpfung von 1866/71 verteidigen zu müssen — mögen jetzt in Ostpreußen oder wo sonst auch einige Jungconservative mit dem Anspruche auftreten, es noch besser zu können, nämlich auch im Einklange mit den aristokratischen Vorrechten des Adelsmanns und des Patrons. Aber während sie dem Staate, welchem sie jetzt angehören, und dem wiedererrundenen deutschen Reiche unverbrüchliche Treue halten, knüpfen sie zugleich für die andere Hälfte ihrer Ideale fort, für freie Selbstbestimmung des Einzelnen in den Schranken der Gerechtigkeit, für die Unabhängigkeit der Gemeinden, für eine vernünftige Verteilung der Steuerlast, und lassen bei sich den Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht aufkommen, welchen in Preußen jede Partei der anderen neuzubehalten vorwirft. Wenn ihre Loyalität der Umsticht und Zurechtweisung ihrer Haltung entspricht, wird der Wahltag ein Ehrentag des hannoverschen Liberalismus werden, und die leider so zahlreichen und empfindlichen Schläppen der letzten Reichstagswahlen einigermassen ausbleiben. Wir haben schon neulich die Möglichkeit erwoogen, daß das deutsche Steuer-Budget nun doch durch die von dem Reichskanzler geplante Inzertatensteuer vervollständigt werden könnte. Heute tritt auch die „Post. Zig.“ der Sache näher, indem sie schreibt:

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 26. August.

Ueber das Zusammengehen der conservativen Partei mit dem Ultramontanen bei den Wahlen zum preussischen Landtage wird uns aus Berlin vom Sonntag geschrieben: „Wenn man die officiellen Nachrichten, die von Zeit zu Zeit über die Unterhandlungen mit Rom und die immer wiederkehrenden Klagen der „Germania“ über die ungeschickteste Fortdauer des Kulturkampfes zusammenstellt, so ist wohl die Ueberzeugung gerechtfertigt, daß Herr Bismarck im Ernste nicht daran denkt, nach Canossa zu gehen und die Autorität des Staates der Kirche auszuliefern. Es ist auch nicht im Ernste daran zu denken, daß der Reichskanzler in dieser Beziehung Herrn Windthorst bindende Versprechungen gemacht hat; gleichwohl würde man sich indeszen täuschen, wenn man die kleine Exzellenz deswegen für den Duperen halten wollte. Das Centrum hat den günstigen Augenblick benützt, um wieder eine einflussreiche Position in der Bollwerkstrategie zu erringen, indem es dem Reichskanzler jene Selbstverpflichtungen bewilligte, die er ohne wirkliche constitutionelle Garantien von den Nationalliberalen nicht mehr zu erhalten hoffen konnte. Auch ohne formelle Gegenconcessionen sich anzubehalten, wußten Herr Windthorst und Graf Frankenstein recht wohl, daß der in die Höhe der Reaction gedrückte Reichskanzler durch die Logik der Thatfachen sich genöthigt sehen werde, auch im Culturkampf mit der Zeit gelindere Seiten aufzusuchen. Ueberdies zwingen schon die Verhältnisse der evangelischen Kirche die Staatsregierung zum Nachgeben im Culturkampf. Das liberal-conservative Element wird denn auch ohne Zweifel an dieser Stelle zurückschreiten. Die „Kreuz-Zig.“ bereitet darauf schon jetzt vor, indem sie die Geneigtheit der Conservativen zu einer Revision der Reichsgesetze ausspricht und für die evangelische Kirche geradezu ein reactives Programm anstellt. Sie will die evangelische Kirche von näher staatlicher Bevormundung befreien. Durch das Abstreifen „auch“ erfüllt die Veranschaulichung, welche der jugendlichen Revision der Reichsgesetze beigelegt ist, daß nämlich die staatlichen Hoheitsrechte dabei gewahrt werden sollen, eine sehr eigenartige Deutung. Das nämlich die „Kreuz-Zig.“ unter ähnlicher staatlicher Bevormundung versteht, geht aus einem Artikel des „Neuen Evangelischen Anzeigers“ hervor, in welchem der socialistische Doppelreiter Stöcker geradezu verlangt, daß der Staat auf seine Mitwirkung bei der Erneuerung zu den hohen Kirchenämtern verzichte. Bekannt ist ferner, daß die kirchlich-orthodoxe Partei eine Verdrängung des Laiken-Elements aus der Verwaltung der evangelischen Kirche anstrebt. In allen diesen Punkten können die Conservativen auf die Unterstützung des Centrums hoffen, und zwar

„Es kann nicht geleugnet werden, daß die traurigen Vorgänge im vorigen Frühjahr die Rufmexikant der Nation mehr denn je auf die inneren Verhältnisse und auf die dieselben bedingende Beschaffenheit gelenkt haben; daß da Manches sich längst als verbesserungsbedürftig erwies, ist auch von liberaler Seite offen ausgesprochen worden, und der Gegensatz zwischen den Anschauungen der Regierung und den der gemäßigten liberalen Partei ist wohl keinesfalls ein solcher, wie man nach dem Erhalten eines Theils der hauptsächlichsten Kräfte annehmen berechtigt wäre. Im Ganzen dürfte die Praxis keinen Zweifel daran lassen, daß Herr Bismarck auf die Unterstützung des größten Theils der nationalliberalen Partei zu verzichten keineswegs gesonnen ist, soweit derselbe sich von der Führung der eigentlich der Fortschrittspartei beizuhaltenden Fraktionsweise zu emancipiren geneigt ist. Eine ausschließlich conservativ-liberale Majorität vermag ebenso wenig der Regierung auf die Dauer eine ausreichende Unterstützung oder die leitenden Impulse zu verleihen, wie dies mit der abetwiegenden liberalen Majorität unter fast ausschließlich radicaler Führung der Fall war.“

Das darf darauf gespannt sein, mit welchem Erfolge die nationalliberale Partei in Hannover aus dem Wahlkampf hervorgehen wird. An Mäßigkeit lassen es die Führer nicht fehlen und die Lage gilt für ziemlich glückverheißend. Anknüpfend an den bekannten Wahlausflug wird der „Reifer-Zeitung“ wie folgt geschrieben: „Organartig ist jede Gefahr vorüber, daß die nationalliberale Partei sich halte. Der Erfolg des hannoverschen Wahlkampfes bezeichnet, wenn wir nicht sehr irren, die glückliche Ueberwindung der letzten Sandbank, auf welcher die Einheit noch allenfalls hätte zerbröckeln können. Seine Befestiger und ersten Anzeiger waren in einer eigentümlichen Lage. Nicht nur, daß sie zur Entscheidung kommen mußten ohne den Rath des hochverehrten Führers, in den sie ein unerschütterliches Vertrauen setzen und dem sie nach dem erlebten verhängnisvollen Vorgange an einem anderen Orte eine so ausdrucksvolle Ovation, wie eine vertrauliche Besprechung, nur immer darbringen kann, schuldig zu sein glauben, auch an sich, sachlich genommen, war die Aufgabe für sie nicht leicht zu lösen. Sie sahen sich zwischen die kämpfenden Extreme ähnlich gedrückt wie Herr von Bennigsen im Reichstage; und nicht auf einmal oder schon an der Schwelle der neuen politischen Woche, die nun begonnen hat, konnte es ihnen gelingen, eine wesentlich sichere und klare Stellung zugleich einzunehmen, als ihr bisheriges Haupt....“

Das genügt, das Land mit der erwähnten Keuzigkeit zu überraschen, ja die „R. A. Z.“ ist voller Entrüstung über die Heuchelei der Nationalliberalen, welche einen großen Värm über das Bündnis der Conservativen mit dem Centrum erhoben hätten, während sie jetzt selbst auf ein solches Bündnis angingen. In Wirklichkeit ist mit jener Kennzeichnung der Stellung, welche die nationalliberale Partei zu den von katholischer Seite über die Reichsgesetze erhobenen Klagen einnimmt, durchaus nichts Neues gesagt. Wir haben nicht den Vorwurf zurückgewiesen, den Kampf mit der Kirche um des Kampfes willen zu wollen; wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß wir die ungehinderte Thätigkeit der Kirche innerhalb der durch ihren Beruf ihr gezogenen Grenzen als eine Notwendigkeit für das religiös-sittliche Leben unseres Volkes anerkennen, daß wir deshalb einen dauernden Kriegszustand zwischen Staat und Kirche als ein Unglück betrachten. Schon vor Jahren haben wir offen dargelegt, wie in der sogenannten Reichsgesetzgebung manche Bestimmungen erhaltend seien, welche nur als durch das Bedürfnis einer außerordentlichen Lage gerechtfertigte Kampfmittel angesehen werden können; auch haben wir die Möglichkeit nicht in Abrede gestellt, daß in der Hitze des Gefechtes jene Gesetze die und da Verschiebungen erfahren, welche sich bei ruhiger Betrachtung als zu weitgehend herausstellen möchten. Irren wir nicht, so hat sogar der Abgeordnete Reichensperger einmal die „Nationalliberale Correspondenz“ von der Tribüne des Abgeordnetenhauses herab als die Vertreterin einer milderen Anschauung ausdrücklich angeführt. Unser Standpunkt war immer, daß aber alle die Einzelheiten, welche den Katholiken Anlaß zu berechtigter Beschwerde geben könnten, sich leicht eine Verständigung erzielen lassen würde, sobald man einmal seitens der Kirche der ernste Wille zu einem ehrlichen Friedensschluß bekundet sein würde. Als unerlässliche Voraussetzung dieses Friedensschlusses aber stand uns von jeher fest das ungeschmälerte Recht des Staates, die äußeren Grenzen für die Wirkksamkeit der Kirche innerhalb seines Gebietes selbstständig durch seine Gesetzgebung festzustellen. Die nationalliberale Partei denkt nicht daran, diesen Boden zu verlassen. Sie erscheint aufrichtig die Beilegung des Streites zwischen Staat und Kirche; sie erklärt ihre Bereitwilligkeit, unter den eben angegebenen Gesichtspunkten zur Erreichung dieses Zweckes an ihrem Theile mitzuwirken; aber nimmermehr pactirt sie mit einer Partei, welche den Cardinalstab der ultramontanen Weltanschauung: „Unterordnung des Staates unter die Kirche“ zum Ausgangspunkte ihrer ganzen politischen Wirkksamkeit macht, nimmermehr auch pactirt sie mit einer Partei, die in ihrer Haltung mehr oder weniger bestimmt ist und bestimmt sein muß von Personen und Einflüssen, welche dem durch die Ereignisse seit 1866 geschaffenen deutschen Staate nicht nur feindlich bleiben können. Triebe die nationalliberale Partei wirklich die eigenständige Fraktionspolitik, welche man ihr häufig andichtet, oder heuchlerische die radikale, ja revolutionäre Opposition, deren die gouvemementale Presse sie anklagt, so hätte sie aus demartigen Pactiren längst ihren Vortheil ziehen können. In einer der letzten Sitzungen der jüngsten Reichstagsession forderte der Abg. Lohse, von gegnerischer Seite dazu provocirt, Herrn Windthorst auf, ihm die Ermächtigung zur öffentlichen Mittheilung der Verhandlungen zu geben,

etronen:  
Kerben:  
von Neu-  
littent“ von  
-Abg.  
August 1879  
in der Reihe.  
Der franz-  
-von  
-selbe über-  
überländisch-  
in Quereis-  
der Wände  
-Post; in  
-Dan.  
at Westm-  
Quebec die  
-kerne“ von

Die Dödel- und Slandalsucht der russischen Blätter hat einen ungläublichen Värm hervorgerufen. Deutschland soll daran schuld sein, daß Rußland enttäuscht aus dem orientalischen Kreuge hervorgegangen ist. Die Sache hängt bereits an, im Auslande Russen zu errögen und hämische Brewe hervorzurufen. So schreibt die Wiener „Neue Freie Presse“:  
„Es geschieht nicht zum ersten Male, daß zwischen Berlin und Petersburg eine erbitterte Zeitungsfehde wüthet, und wenn man gerecht sein will, so muß man zugestehen, daß durch die massiven Auseinandersetzungen, mit welchen die Streitenden sich regalisieren, die verhältnismäßige Stille auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in letzter amfänger Weise unterbrochen wird. Die Ruhe des Welttheils steht dabei nicht auf dem Spiele, und wenn in der Hitze des Gefeches Herr Gortschakoff unter die Rithlischen geworfen, Herr Bismarck der Beside geziehen wird, so dienen derartige Hypothesen nicht sowohl dem politischen Charakters, als dem Gemüthe dillerpsychologische Partisanen zur Bereicherung seiner Erfahrung.“